



Bielefeld

Neue Westfälische

vom

31.03.2017

IG Metall bezieht Position gegen Populisten

Gewerkschaft: Delegiertenkonferenz verabschiedet eine Resolution. Sie schwört ihre Mitglieder darauf ein, offensiv auf Thesen der AfD zu reagieren und Arbeitnehmerrechte zu verteidigen

Von Sebastian Kaiser

■ **Bielefeld.** Die Position ist klar: „Die AfD ist eine arbeitnehmerfeindliche Partei“, sagt die IG Metall. Doch wie man mit Rechtspopulisten umgeht, wie man in Betrieben diskutiert, wenn dort AfD-Thesen vertreten werden, „das müssen wir noch lernen“, sagt Hans-Jürgen Wentzlaff, Zweiter Bevollmächtigter der Gewerkschaft in Bielefeld.

Jetzt hat die Delegiertenkonferenz, das Parlament der IG Metall Bielefeld, eine Resolution für Gleichberechtigung, Solidarität und gegen Fremdenfeindlichkeit verabschiedet. Es geht auch um gewerkschaftliche Errungenschaften, gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten oder sozialer Sicherungssysteme. 90 Delegierte, die rund 17.000 Mitglieder in Bielefeld, dem Altkreis Halle und Schloß Holte vertreten, stimmten in der Hechelei für die Erklärung: „Tarifverträge oder Arbeitsschutzbestimmungen dürfen nicht als reine Kostenfaktoren gesehen werden.“

Zuvor hatte Kai Venohr, Referent beim DGB Bildungswerk und stellvertretender Vorsitzender des bundesweiten Vereins „Mach meinen Kumpelnichtan“ über die AfD gesprochen. „Betriebsräte, Mitbestimmung oder Gewerkschaften kommen bei dieser Partei nicht vor. Sie wird



Treten dem Rechtspopulismus entgegen: Hans-Jürgen Wentzlaff (v.l.) und Ute Herkströter von der IG Metall sowie DGB-Bildungsreferent Kai Venohr stehen im Treppenthaus der Hechelei. Dort fand die Delegiertenkonferenz der Bielefelder Metalller statt. FOTO: ANDREAS FRÜCHT

Herz gegen unsere Kollegen“, betont er. Denn von den bundesweit 2,3 Millionen IG-Metall-Mitgliedern haben rund 500.000 einen Migrationshintergrund. In anderen Gewerkschaften sei der Anteil ähnlich oder sogar noch höher.

„Der Rechtspopulismus macht vor den Werkstoren nicht halt“, sagt Wentzlaff und fordert: „Betriebsräte müssen offensiv reagieren, wenn rechtspopulistische Thesen vertretene oder fremdenfeindliche Sprüche gemacht werden.“ Das sei nicht immer leicht, häufig seien Betriebsräte unsicher, in welche Weise sie antworten sollten.

Die Gewerkschaft bietet daher Haltungstrainings und Diskussionshilfen an. Dazu gehören etwa sogenannte Argumentationskarten: Zu Themen wie Nationalismus, Ausgrenzung oder Pressefreiheit finden sich darauf Aussagen der AfD und auf der anderen Seite Statements der Gewerkschaft. Dem Populisten-Schlagwort „Lügenpresse“ werden etwa Informationen über Meinungsfreiheit, Medienvielfalt oder rechtliche Rahmenbedingungen der Berichterstattung entgegengesetzt.

Ute Herkströter, Erste Bevollmächtigte der Metalller in Bielefeld, betont: „Wir sehen genau hin, was diese Partei zu bieten hat. Und wir werden unsere Werte und Überzeugungen dagegen setzen.“

„Die AfD benennt zwar auch Missstände, doch sie verknüpft sie immer wieder mit rassistischen Aussagen, ohne dass es dafür sachliche Gründe gibt“, so Venohr. „Das ist

Rechtspopulisten hätten zudem ein erzkonservatives Frauenbild, während Gleichberechtigung traditionell zu den Positionen der Gewerkschaften zähle.

Rechtsräte unabhängig von gewerkschaftlichen Einflüssen werden sollten, zählt die IG Metall die Gründung von Betriebsräten zu den Kernaufgaben der Gewerkschaften.

Fordeert die AfD, dass Be-



Bielefeld

Westfalen-Blatt

vom 06.04.2017 | 1

»Da tickt eine soziale Zeitbombe«

DGB macht Zukunft der Rente zum Wahlkampfthema

■ Von Bernhard Hertlein

Bielefeld (WB). Nachdem der Mindestlohn Gesetz geworden ist, widmet der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) seine nächste Kampagne dem Thema Rente. »Da tickt eine soziale Zeitbombe«, erklärte der Bundesvorsitzende Frank Bsirske gestern in Bielefeld.

Erste Pflöcke sollen im jetzigen Wahlkampf eingeschlagen werden. Die Diskussion mit Vertretern sämtlicher im Bundestag vertretenen Parteien war darum ein wichtiger Bestandteil der gestrigen Auftaktveranstaltung mit 240 Betriebs- und Personalräten in der Ravensberger Spinnerei in Bielefeld. Während die CDU-Abgeordnete Anja Karliczek daran erinnerte, dass alles finanziert werden müsse, ging die Parlamentarierin der Linken, Inge Höger, mit ihrer Forderung nach einem Rentenniveau von 53 Prozent sogar über die Vorstellungen des DGB hinaus.

Bsirske forderte als ersten Schritt eine Stabilisierung auf dem gegenwärtigen Stand von 48,8 Prozent. Sonst drohe ein Absturz des Rentenniveaus auf die 2030 gesetzlich möglichen 43 Prozent. Was das bedeute, beschrieb Bsirske am aktuellen Beispiel. Ein Neurentner, der 40 Jahre arbeitete und dabei monatlich 83 Prozent des Durchschnittsverdienstes verdiente, erhielte bei einem Rentenniveau von 43 Prozent nach jetzigem Stand eine Rente von 808,90

Euro. Das sei minimal mehr als die soziale Grundsicherung, die durchschnittlich 775 Euro betrage.

De facto erhalte ein Mann im Westen bei Neueintritt in die Rente aktuell 1014 Euro, eine Frau 635 Euro. In den neuen Bundesländern betrage der Durchschnittswert bei Männern 973, bei Frauen 861 Euro. Die Differenz rührt Bsirske zufolge von unterschiedlichen Berufskarrieren. Die Grünen-Politikerin Britta Hasselmann leitete gestern daraus die Forderung ab, dass Rentenansprüche, die in Zeiten der Kindererziehung erworben werden, grundsätzlich unter den Eltern geteilt werden.

Selbst unter Einbeziehung privater Altersvorsorge (»Die Riester-

Rente ist gescheitert«) und der Betriebsrenten liegt Deutschland Bsirske zufolge bei der Höhe der Altersversorgung im letzten Viertel der 34 OECD-Staaten. Um aktuell die Stabilisierung des Rentenniveaus und kurzfristig die Anhebung auf 50 Prozent des Durchschnittseinkommens der Erwerbstätigen zu erreichen, hält der DGB einen höheren Beitrag von bis zu 25 Prozent für machbar. Die fehlenden Summen – 8,1 Milliarden Euro im Jahr 2021, 18 Milliarden 2030 und 29 Milliarden 2040 – müssten aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Dies sei gerechtfertigt, weil der Staat Aufgaben wie die Finanzierung der Ost-Renten und die Mütterrente auf die Beitragszahler abgewälzt habe. Die Regierung selbst erwäge eine Anhebung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts: »Eine auskömmliche Rente ist aber wichtiger als Kanonen.«

In der Diskussion mit Parteivertretern rief sich Karliczek (CDU) unter anderem an der DGB-Forderung nach Senkung des Renteneintrittsalters von demnächst 67 Jahren. So sei das System nicht finanzierbar, erklärte die Unternehmerin und Finanzpolitikerin. Dagegen habe die Große Koalition mit der Flexi-Rente den richtigen Weg eingeschlagen. Bei gutem Willen von Firmen und Arbeitnehmern sei eine längere Beschäftigung möglich. Unterstützung für die Forderung nach einem leicht höheren Rentenniveau erhielt der DGB vom SPD-Sozialpolitiker Stefan Schwartz.

Kommentar



DGB-Chef Frank Bsirske.
Foto: Oliver Schwabe



Bielefeld

Westfalen-Blatt

vom 06.04.2017/2

KOMMENTARE

Rente

Die richtigen Fragen

In der Tat: Da hat der Deutsche Gewerkschaftsbund eine gute Nase. Das Thema Rente beschäftigt einen immer größeren Teil des Wahlvolks. Und das nicht nur theoretisch: Der Abfall auf ein Niveau, das sich im unteren Einkommensbereich Hartz IV immer weiter nähert, ist für diejenigen, die jetzt oder demnächst ins Rentenalter eintreten, eine Existenzfrage. Es demotiviert zudem diejenigen, die noch länger in Beschäftigung sind – möglicherweise sogar stärker als eine Erhöhung des Beitragssatzes.

Die richtige Frage zu stellen, genügt allerdings nicht. Schwieri-

ger ist es, die richtige Antwort zu finden – auch weil das Rentenniveau mit so vielen anderen Faktoren zusammenhängt. Dies beginnt beim anhaltend niedrigen Zinsniveau, das private Vorsorge unattraktiv macht, reicht über ungleiche Löhne von Mann und Frau, den immer kurvigeren Verlauf von Jobkarrieren und die Nichteinbeziehung vieler Selbstständiger und Beamter ins Rentensystem bis zum Fehlen eines echten Einwanderungsgesetzes.

»Die Rente ist sicher«, sagte Norbert Blüm. Das reicht nicht. Sie muss auch auskömmlich sein.

Bernhard Hertlein



Bielefeld

Neue Westfälische

vom 06.04.2017 1A

Düstere Prognose für die Rente

Arbeitnehmerrechte: Auf Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbundes diskutierten Bundestagsabgeordnete und Experten über einen Kurswechsel in der Politik

Von Miriam Scharlibbe

■ **Bielefeld.** Die Regierungsparteien sind unterschiedlicher Meinung, ob Rente ein Thema für den Wahlkampf ist. Betriebsräte, Gewerkschafter und Arbeitnehmer aus OWL sind sich einig: Ein wichtiges Thema kann es nicht geben. 240 von ihnen waren der Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach Bielefeld gefolgt. In der Ravensberger Spinnerei erörterten sie, durchaus emotionsgeladen, die Fehler der Rentenpolitik und mögliche Lösungen.

Wer heute in Rente geht, in Westdeutschland lebt und ein Mann ist, erhalte im Durchschnitt 1.014 Euro, eine Frau 635 Euro. Für die Gewerkschaften ist das eindeutig zu wenig, um im Alter vernünftig leben zu können. Dabei sehen die Zukunftsprognosen noch düsterer aus. Bis 2030 soll das Rentenniveau von aktuell 48,8 auf 43 Prozent sinken. Die Folge: Viele Rentner rutschen in Altersarmut.

„Wir brauchen ein höheres Rentenniveau“, so die Forderung von Politikwissenschaftler Florian Blank. Um das zu

erreichen, sei eine Anhebung der Rentenbeiträge legitim. „Ein starkes öffentliches Rentensystem ist machbar und finanzierbar“, so Blank. Das würden andere Länder wie Österreich vormachen.

Auch für Frank Bsirske, Chef der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, ist das Rentenniveau die Stellschraube, an der dringend gedreht werden muss. „Jahrelang stiegen die Renten mit den Löhnen“, so Bsirske. Mit den Rentenreformen Anfang der 2000er-Jahre wurde diese Verbindung gelöst, mit der fatalen Folge, das

heute viele Rentner trotz jahrelanger Beitragszahlungen auf Grundsicherung angewiesen sind. Die bekommen aber auch Menschen, die nie in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Bsirske: „Uns droht eine Delegitimierung des gesetzlichen Rentensystems.“

Ute Herkströter, 1. Bevollmächtigte der IG Metall Bielefeld, erklärte den aktuellen Regierungsentwurf des Betriebsrentenstärkungsgesetzes. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen durch Anreize ermutigt werden, sich auf eine betriebliche Rente einzulas-

sen. Der Gewerkschafterring geht das Gesetz nicht weit genug, weil Arbeitgeber nur eine Beitragszusage machen müssen, aber nicht für das Kapitalanlagerisiko haftet. „Außerdem ist auch eine Betriebsrente den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt unterworfen. Wer in prekären Beschäftigungen arbeitet, hat nichts davon.“

Verdi-Chef Bsirske betonte: „Private Vorsorge und Betriebsrenten sind wichtig, können aber die gesetzliche Rente nicht ersetzen.“ Er fordert ein Rentenniveau von 50 Prozent und einen paritätisch finanzierten Beitragssatz von 25 Prozent. Das geht Inge Höger, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, nicht weit genug. Sie hält ein Rentenniveau von 53 Prozent für notwendig. Britta Haßelmann, für Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, betonte, dass schon eine Stabilisierung auf heutiger Höhe ein Erfolg sei. „Wir brauchen vor allem eine Verbreiterung der Gruppe, die in die gesetzliche Rente einzahlt“, so Haßelmann. Auch Selbstständige und Freiberufler sollten Beiträge abführen.

➤ Meinungsbörse



Uneinig: Stefan Schwartze (SPD, v.l.), Moderatorin Julia Ures, Anja Karliczek (CDU) und Inge Höger (Die Linke).

FOTO: SCHARLIBBE



Bielefeld

Neue Westfälische

vom 06.04.2017 12

MEINUNGSBÖRSE

Fatale Folgen der falschen Rentenpolitik

Der Eckrentner ist ein Phantom

Miriam Scharlibbe

Der deutsche Rentner hat keine Chance. Es gibt zu viele Fallen, in die er tappen kann. Solide Ausbildung, ein Studium, eine Familie – erstrebenswerte Meilensteine einer Biografie, aber für die Rente eine Gefahr. Diese Jahre fehlen später auf dem Punktekonto für den Lebensabend.

Und der Maßstab aller Dinge, der deutsche Eckrentner, der 45 Jahre vollberufstätig war und in die Rentenversicherung eingezahlt hat, ist eigentlich ein Phantom – garantiert aber ist er keine Frau. Die stehen im System ganz hinten.

Auf Lohnarmut folgt Altersarmut. Im Umkehrschluss gehören etliche Beschäftigungsverhältnisse auf den Prüfstand. Teilzeit und Mini-Jobs sind vor allem für Familien wichtige Modelle. Aber sie funktionieren nur kurzfristig. Darum braucht es bessere Rückkehrmöglichkeiten in Vollzeitstellen und ein Ende der Nebentätigkeiten ohne Sozialversicherungspflicht, bei denen auch noch eine Befreiung von der Rentenversicherung möglich ist.

*miriam.scharlibbe@
ihr-kommentar.de*

Ein ziemlich digitaler Abend

Gewerkschaftsreferent spricht in Gehlenbeck über Veränderungen in der Arbeitswelt

■ Von Katrina Horstmann

Gehlenbeck (WB). Smartphone und Tablet-PC gehören für viele Menschen zum Alltag. Den ganzen Tag werden Daten hin- und hergeschickt und soziale Netzwerke genutzt. Und am Arbeitsplatz stehen dann Maus und Computer. Grund genug für den SPD-Ortsverein Gehlenbeck-Eilhausen zu einer Informationsveranstaltung über die Digitalisierung der Arbeitswelt einzuladen.

Trotz der überschaubaren Anzahl an Zuhörern gestaltete sich der Abend mit Referent Oliver Dietrich von der IG Metall als informativ und diskussionsfreudig. Auch Landtagskandidat Ernst-Wilhelm Rahe war gekommen, um für das Thema zu sensibilisieren. Viele der Zuhörer erleben zwar die Digitalisierung in ihren Berufen, waren aber gespannt, welche Chancen und Risiken es gibt.

Bevor es dazu kam, musste das Publikum auf der eigenen Speicherplatte eine Definition von Arbeit 4.0 untersichern. Referent Dietrich erläuterte, dass sich hinter dem Begriff der übergeordnete Bereich der Industrie 4.0 verbirgt, der ja vielen sicher ein Begriff sei. Der Unterschied bestehe einfach darin, dass sich Industrie 4.0 nur auf die Fertigungsprozesse beziehe und die dafür notwendigen Technologien. Arbeit 4.0 hingegen umfasse den kompletten Betrieb, in erster Linie aber den Arbeitnehmer.

4.0 stehe für die Weiterentwicklung der Technologien. Würde man die Ära der Dampfmaschine noch als Arbeit 1.0 bezeichnen, so sei man mittlerweile durch intelligente Systeme und computergestützte Fertigungstechniken sowie die Vernetzung bei 4.0 angekommen. Von einer digitalen Revolution wollte Oliver Dietrich nicht sprechen. »Es ist eine Weiterentwicklung«, so der Referent. Wo bleibt der Arbeitnehmer? »Wir



Wie verändert die Digitalisierung die Arbeitswelt? Dazu hat IG-Metaller Oliver Dietrich (Zweiter von rechts) in Gehlenbeck referiert. Zuge-

hört haben (von links) Günter Bösch, Ernst-Wilhelm Rahe, Ulrike Böckenkröger, Inge Hoffmann und Gian-Paulo Mosca. Foto: Horstmann

müssen die Technik nutzen, nicht umgekehrt«, sagte Dietrich. Die neue Arbeitswelt biete viele Möglichkeiten, mit »smart technologies«, wie dem Smart Home, der großen Datenverarbeitung (»Big Data«) und der so genannten Cloud als überall verfügbarer Speicherort.

Der Arbeitnehmer arbeite mehr und mehr mit Maschinen zusammen, erklärte Dietrich. Aufgabe von Politik und Gewerkschaften sei es aufzupassen, dass die Maschinen nicht die Oberhand gewinnen und Arbeitsplätze gefährden. Das sei eine weit verbreitete Angst unter den Arbeitnehmern, wie eine von Dietrich vorgestellte Umfrage unter Mitarbeitern des Unternehmens Wincor Nixdorf zeigte: Diese seien sich bewusst

gewesen, dass die Digitalisierung ihre Arbeitsplätze verändern würde und wünschten sich mehr Qualifizierungen und Weiterbildungen, um diesen Veränderungen gewachsen zu sein und nicht ersetzt zu werden. Oliver Dietrich betonte, dass sich die Gewerkschaften für diese Sorgen einsetzen. Es würden innovative Projekte gefördert und man würde durch den Dialog mit den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern eine menschenzentrierte Digitalisierung anstreben.

Außerdem würden Datenschutz und Privatsphäre zu den großen Themen der Digitalisierung werden, wobei Oliver Dietrich da klar definiert: In vielen Situationen hätten wir noch die Kontrolle darüber, was wir preisgeben. Ohne

Qualifikationen und Weiterbildungen der Mitarbeiter sei allerdings eine positiv gestaltete Digitalisierung kaum möglich. Dafür seien die Technologien zu fortschrittlich. Gleichzeitig würden sie Freiräume für den Arbeitnehmer schaffen, der dank Home Office und Assistenzsystemen seine Arbeitszeit freier einteilen könne.

Ernst-Wilhelm Rahe gab zu diesem Markt der Möglichkeiten zu bedenken, dass es seiner Meinung nach zu früh sei, Arbeitsgesetze zu ändern, um den Einklang zwischen Arbeit 4.0 und dem Arbeitnehmer zu schaffen, um eben Lohn-Dumping durch Replacement und Burnout durch immer höhere Anforderungen zu verhindern. Die Begründung lieferte er gleich hinterher. Die Entwicklung

sei unvorhersehbar bei den neuen Technologien, Gesetze müssten nach und nach angepasst werden.

Rahe sehe zunächst den Dialog zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, um auf einer niedrigeren Ebene Lösungen zu finden. In die Kerbe schlug zum Abschluss der Informationsveranstaltung auch Oliver Dietrich noch einmal. Es gebe schon eine Menge Projekte in NRW, aber auch in Ostwestfalen-Lippe, um die Digitalisierung einvernehmlich zu gestalten. »Wir gestalten gemeinsam die Zukunft der Arbeit«, erklärte Dietrich. Und »wir«, das seien nicht die Politiker und die Unternehmenschefs, sondern vor allem die Arbeitnehmer selber, die ihre Interessenvertretungen in den Gewerkschaften fänden.



Bielefeld

Westfalen-Blatt

vom

19.04.2017

Engagierter Gewerkschafter

Bielefeld (WB). Der Gewerkschafter Wulf Bantelmann feiert heute seinen 70. Geburtstag. Er gehört seit 52 Jahren der IG Metall an.

Bantelmann wurde in Bückeburg geboren und gehörte von 1993 bis 2010 als Beisitzer dem Vorstand der IG Metall Bielefeld an.

Außerdem war er viele Jahre lang Betriebsratsvorsitzender der Gildemeister Drehmaschinen GmbH sowie Konzernbetriebsratsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied bei der Gildemeister AG (heute DMG Mori).



Feiert 70. Geburtstag: Wulf Bantelmann



Bielefeld

Neue Westfälische

vom 19.04.2017

Metall-Gewerkschafter feiert 70. Geburtstag

Lange Mitarbeit: Wulf Bantelmann seit 52 Jahren bei IG Metall dabei

■ **Mitte.** Wulf Bantelmann feiert am heutigen Mittwoch, 19. April, seinen 70. Geburtstag. Bantelmann setzt sich seit Jahrzehnten für Mitarbeiterbelange in der IG Metall ein.

Der in Bückeberg geborene gelernte Werkzeugmaschinenbauer gehört seit 52 Jahren der IG Metall an und hat die Arbeit seiner Gewerkschaft maßgeblich mitgestaltet, hieß es von der IG Metall. Bantelmann gehörte von 1993 bis 2010 als Beisitzer dem Ortsvorstand der IG Metall Bielefeld sowie langjährig auch der hiesigen Delegiertenversammlung an.

Darüber hinaus vertrat er die Belegschaftsinteressen als Betriebsratsvorsitzender der Gildemeister Drehmaschinen GmbH und als Konzernbetriebsratsvorsitzender sowie Aufsichtsratsmitglied bei der Gildemeister AG (heute DMG

Mori). Er setzte sich für die Ausbildung von Nachwuchskräften ebenso ein wie aktuell für das Programm der IG-Metall-Senioren.



Hat Geburtstag: Wulf Bantelmann. FOTO: THOMAS RANGE



Bielefeld

Westfalen-Blatt

vom 03.05.2017

Gegen »Populisten und Volksverdummer«

4000 Menschen kommen zur Mai-Kundgebung des DGB in den Raspi-Park

■ Von Michael Schläger

Bielefeld (WB). Bei der Bielefelder Maikundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) waren sich die Redner einig: Ein weiteres Erstarben der AfD dürfe es nicht geben. Rund 4000 Menschen waren nach Veranstalterangaben am Montag in den Ravensberger Park gekommen.

In den Reden bildete die nahe Landtagswahl am 14. Mai einen Schwerpunkt. »Für uns Gewerkschafter ist die AfD keine Alternative«, rief Bielefelds DGB-Chef Dirk Toepper den Kundgebungsmitgliedern zu. Der »Einfluss der Populisten und Volksverdummer« müsse eingedämmt werden, sagte Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD) in seinem Grußwort. Aus Sicht der Hauptrednerin, der Bielefelder Verdi-Geschäftsführerin Martina Schu, ist die AfD nicht nur rechtspopulistisch, sondern eine rechtsextreme Partei: »Ihr schadet unserem Land.«

Dass zeitgleich zur DGB-Veranstaltung die Partei »Die Rechte« zu einer eigenen Kundgebung in der Stresemannstraße auferufen hatte, wertete Toepper als »Provokation«: »Wir lassen uns den 1. Mai nicht kaputt machen.« In der Fußgängerzone war jedoch lange Zeit außer einem vorsichtshalber aufgezogenen Polizeiaufgebot nichts zu sehen.

Martina Schu forderte in ihrer Rede mehr soziale Gerechtigkeit, angemessene Arbeit und Renten für alle. Deutschland sei ein reiches Land mit 80 Millionen Menschen. Da sei es zu verkraften, dass in den vergangenen Jahren zwei Millionen Flüchtlinge und



Rund 2000 Menschen zogen vom DGB-Haus in den Raspi-Park. Angeführt wurde der Zug unter anderem von DGB-Chef Dirk Toepper, MdL

Zuwanderer gekommen seien. Auch für diese Menschen stünde das diesjährige DGB-Motto zum 1. Mai, »Wir sind viele, wir sind ehrs.« Abschiebungen in unsichere Länder wie Afghanistan dürfe es nicht länger geben, forderte Schu die NRW-Landesregierung zu einem Stopp dieser Praxis auf.

Georg Fortmeier, Verdi-Geschäftsführerin Martina Schu, OB Pit Clausen und Ministerin Christina Kampmann. Foto: Thomas F. Starke

Gegen 10.30 Uhr hatten sich die Gewerkschafter zu einem Demonstrationsszug von der DGB-Zentrale an der Marktstraße zum Ravensberger Park aufgemacht. Daran hatten laut DGB rund 2000 Menschen teilgenommen. Im Raspi-Park hatte parallel dazu bereits ein Kultur- und Familienfest

begonnen. An Imbissständen konnten die Besucher vor allem viele türkische Köstlichkeiten probieren. Vertreter der in ihrem Heimatland verbotenen Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) zeigten großformatige Banner mit dem Konterfeis von Marx und Lenin.



Bielefeld

Neue Westfälische

vom 03.05.2017

Tausende Besucher bei der Maikundgebung

Ravensberger Park: Oberbürgermeister Pit Clausen und Dirk Toepper von der Gewerkschaft Verdi warnen vor der AfD und erntet dafür viel Applaus. Demonstration verlief friedlich

Von Nicole Bentrup

■ **Bielefeld.** Bei der Maikundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 1. Mai kamen laut Veranstalter rund 4.000 Besucher in den Ravensberger Park. 2.000 nahmen am Demonstrationszug teil. Unter dem Motto „Wir sind viele – wir sind eins“ begrüßte Dirk Toepper von der Gewerkschaft Verdi die Teilnehmer: „Wir kämpfen für mehr soziale Gerechtigkeit und für eine soziale Gesellschaft.“

Gerechte und vor allem sichere Löhne seien wichtig und sollten auch durch die Politik zeitnah festgezogen werden. Daneben sei es unabdingbar, dass es ein gerechtes Steuerkonzept geben solle, bei dem die „Reichen“ stärker belastet werden als die „Armen“.

„Uns als Gewerkschaft ist es

sehr wichtig, dass die Menschen zur Wahl gehen, welche Partei sie dann schlussendlich wählen, werden wir nicht beeinflussen“, sagte Toepper: „Nur eines möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben: Die AfD ist eine Bedrohung für die Gesellschaft.“

Auch Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD) warnte in seiner Rede die Besucher vor

der AfD: „Diese Partei gaukelt den Wählern nur etwas vor. Ich kann nur an Sie appellieren: Fallen Sie nicht darauf herein.“ Clausen betonte aber auch die Bedeutung der Ge-

werkschaften: „Ich kann nur jedem raten, sich einer anzuschließen.“ „Ich würde mir wünschen, dass die Bedeutung der Gewerkschaft den Kindern und Jugendlichen vermittelt wird, aber das findet alles überhaupt nicht mehr statt“, rügte Clausen, der für diese Aussage viel Beifall erhielt. Bei Bratwurst und Bier, Pommes und Lahmacun blieben die Besucher noch lange im Ravensberger Park und tauschten dem Bühnenprogramm. Insgesamt lief die Kundgebung friedlich ab.

Die deutsche und internationale Arbeiterbewegung feierten den 1. Mai als „Tag der Arbeit“ seit mehr als 125 Jahren. Insgesamt nahmen 390.000 Menschen an mehr als 500 Veranstaltungen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes teil.



Maikundgebung kurz vor der Wahl: Mehrere tausend Demonstranten zogen am 1. Mai durch die Bielefelder Innenstadt. FOTO: ANDREAS FRÜCHT